Notstand der Republik

Zur jüngsten Entwicklung des Notstands der Berliner Annexionsrepublik (April 2010)

LÜKEX 2010 – Großmanöver des umgebauten Staatsapparats

Der deutsche Imperialismus führt zur Stunde seinen umgebauten Staatsapparat in Groß-Manövern zusammen. Durch das BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) werden seit dem Jahr 2004 illegal Polizei, Militär und Hilfsorganisationen verzahnt und in Stellung gebracht, die aber nicht zusammengeführt werden dürfen. Denn noch immer gilt eine Gewaltenteilung von Polizei und Militär genauso wie die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Bundesländer für den nichtmilitärischen Katastrophenschutz und den bundesweiten Zivilschutz im Krieg. Im Abstand von zwei Jahren führt das BBK sogenannte Lükex-Übungen (Länder Übergreifende Krisenmanagement-Übung/EXercise) durch. 2004 lagen dem LÜKEX-Einsatz sogenannte terroristische Anschläge und ein zweiwöchiger Stromausfall zugrunde. Mit LÜKEX 2005 hat der Staatsapparat seinen Einsatz bei Großveranstaltungen geprobt und sie diente als Vorbereitung für den verfassungswidrigen Einsatz des Militärs bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. LÜKEX 2007 war ein Großmanöver des Staats mit 50 Unternehmen für den Fall einer Pandemie und der fiktiven Erkrankung von 33% der Bevölkerung. Geübt werden also Kriegs- und Bürgerkriegseinsätze. Am 27./28. Januar 2010 führte der deutsche Staat das Großmanöver LÜKEX 2010 durch. Im Gegensatz zu den früheren Übungen waren in diesem Jahr alle Bundesländer beteiligt, Schwerpunktländer waren Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurde nicht nur am grünen Tisch geübt, in diesem Jahr kam es erstmals auch zu realen Einsätzen. Geübt wurde die Bewältigung einer bundesweiten Krise infolge terroristischer Anschläge. 3.000 Personen der Bundespolizei, Landespolizeien, BKA, Geheimdiensten, Feuerwehren, DRK, ASB, etc. waren eingebunden, davon 400 Soldaten plus 100 Reservisten der Bundeswehr mit dem Streitkräfteunterstützungskommando, mehreren Landeskommandos, Bezirksverbindungskommandos und Kreisverbindungskommandos. Das THW stellte 200 Hauptamtliche. Neben dem Staatsapparat und den Hilfsorganisationen stand auch die Verzahnung mit der Wirtschaft auf dem Manöverplan. Nämlich mit den Betreibern kritischer Infrastrukturen im Telekommunikationsbereich und der chemischen Industrie sowie kommunaler Versorgungsbetriebe Bahn, Wasserbetreibern, Flughafenbetreibern etc. Da gab es einen Anschlag auf Chemiewerke, involviert war der Chemiepark Bayer, einen Terroranschlag auf ein Flugzeug, eine Terrorgruppe verübte einen radiologischen Anschlag in Nürnberg, in München drohten Terroristen mit Anschlägen auf den Öffentlichen Nahverkehr, auf das Oberlandesgericht der Kreisstadt Schleswig wurde ein konventioneller Sprengstoffanschlag durchgeführt, in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens detonierten „schmutzige Bomben“ (mit Radioaktivität) und große Flüchtlingsströme waren zu lenken. Das Drehbuch für die zweitägigen Manöver hat 1.000 Seiten und die Beteiligten trafen nicht nur an den beiden Manövertagen zusammen, sondern sie übten schon seit 18 Monaten. Lange Zeit, sich bestens kennen zu lernen und die illegale Verzahnung in die Tat um zu setzen. Das Bundesinnenministerium leitete das Manöver mit dem Sicherheitsstaatssekretär Klaus-Dieter Fritsche, weitere sechs Bundesministerien, das Bundeskanzleramt, das Bundespresseamt, das GMLZ (Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern) waren eingebunden. Auf dem Flugplatz Köln-Bonn übten Militär, Polizei und Hilfsorganisationen.

Das Landeskommando NRW der Bundeswehr teilt am 27.1.2010 mit: *„Die sonst nur als Stabsrahmenübung angelegte Veranstaltung erreichte ein besonderes Interesse durch die Tatsache, dass erstmalig der reale Einsatz von Katastrophenschutzkräften gefordert war. Das Übungsszenario beinhaltete eine sich zuspitzende terroristische Bedrohungslage für die Bundesrepublik Deutschland, in der mit unmittelbar bevorstehenden Anschlägen auch im Regierungsbezirk Köln gerechnet werden musste. Aus diesem Grund alarmierte der Krisenstab der Bezirksregierung Köln seine Mitglieder. Auch bei Oberst der Reserve Hanns R. Schade läutet am Dienstagnachmittag das Telefon. Er ist als Leiter des Bundeswehr – Bezirksverbindungskommandos (BVK) Köln für die Bezirksregierung der erste Ansprechpartner innerhalb der Bundeswehr. In kürzester Zeit alarmiert er die weiteren Reservisten des BVK und informiert seine übergeordnete Dienststelle, das Landeskommando Nordrhein – Westfalen (LkdoNW), über den bevorstehenden Einsatz.“*

Rolle der Bundeswehr

Die Bundeswehr nimmt im Rahmen der Zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) subsidiär wesentliche Unterstützungsfunktionen im zivilen Bevölkerungsschutz wahr. Die Bundeswehr nutzte die Übung um ihre neue Territorialstruktur, die seit drei Jahren besteht und die damit verbundenen neuen Verfahren zu erproben. Bundesweit waren rund 500 Soldaten beteiligt, darunter rund 100 Reservisten.

Militär und Polzei im Kampf gegen Trennungsgebot und Gewaltenteilung

Die Gewaltenapparate Bundeswehr und Polizei müssen getrennt sein. Das musste die deutsche Bourgeoisie ins Grundgesetz schreiben nach dem Sieg der Roten Armee und der Völker über den deutschen Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg. Das deutsche Monopolkapital wirft diese Trennung mit allen möglichen Machenschaften tagtäglich über den Haufen, um mit Polizeisoldaten und dem Militärstiefel im Inland seinen Gewaltapparat gegen die Arbeiterklasse und die Völker zu stärken. Hier einige Bespiele der letzten Wochen:

Das Wehrbereichskommando meldet:
„Hamburg, 16.02.2010, LKdo HH, Informationsarbeit.
Bei Sonnenschein nutzten die Spezialeinheiten der Polizei (Spezialeinsatzkommando/Mobiles Einsatzkommando) Hamburg die Reichspräsident-Ebert-Kaserne in Hamburg-Iserbrook als Übungsgelände für eine Geiselbefreiung. Unterstützt wurden die Spezialeinheiten nicht nur durch den zur Verfügung gestellten Übungsraum; auch die Feldjäger halfen durch Gestellung von Komparsen.

Kommandeur zeigt sich beeindruckt

Kapitän zur See Klaus Beyer, Kommandeur des Landeskommandos Hamburg, zeigte sich beeindruckt von dem Umfang eines solchen Einsatzes und ließ sich durch den Leiter der Spezialeinheiten, Polizeidirektor Joachim Ferk, ausführlich einweisen. Besonders die unkomplizierte und allerseits geschätzte Zusammenarbeit von Polizei, Feldjägern und dem Landeskommando habe ihn erfreut, so Beyer.

Unterstützung umfassend und vernetzt

Hier zeige sich, so der Kommandeur, dass die Unterstützung der Freien und Hansestadt Hamburg bei Katastrophen- und besonders schweren Unglücksfällen umfassend und vernetzt zu verstehen sei und die Unterstützung anderer Behörden wie der Polizei nicht nur im Ernstfall, sondern auch bei deren Ausbildungsprogrammen nach bestem Vermögen geleistet werde."

In Mönchengladbach hält der Reservistenverband ein sogenanntes Sicherheitspolitisches Seminar zur Zusammenführung aller Sicherheitsorgane im Polizeipräsidium ab.
loyal Nr. 2-2010

Über dem Münchner Oktoberfest kreisen Bundeswehrflugzeuge und übernehmen Polizeifunktionen im Luftraum, ebenso in Mainz beim 1000 –jährigen Domjubiläum.
Homepage Ulla Jelpke, 22.2.2010

In Berlin organisieren Studenten des Militaristenverbands BSH (Bundesverband Sicherheitspolitik) eine Veranstaltung und laden als Referent Polizeihauptkommissar Klaus Mein ein. Der deutsche Krieg in Afghanistan beseitigt die letzten Hürden des Zweiten Weltkriegs: *„Mein lobte die Kooperation zwischen Bundeswher und Polizei. Sie sei ausgezeichnet. Deutsche Polizisten könnten ohne den Schutz von Soldaten, insbesondere im Bereich des sogenannten Focus Development-Programms (FDD) ihren Dienst gar nicht verrichten."* loyal Nr. 3/2010.

Ausbau der Bundeswehr-Reserve

Bis zur Annexion der DDR wurden jährlich mehrere Hunderttausend Reservisten der Bundeswehr zur Wehrübungen eingezogen, sie heißen beorderte Reservisten. Im 2+4-Vertrag legten die Alliierten die Obergrenze der Bundeswehr-Soldaten auf 370.000 fest. Die Bundeswehr begrenzte daraufhin die Anzahl der beorderten Reservisten auf 80.000. Alle anderen Reservisten wurden nicht mehr zu Wehrübungen eingezogen und werden als nicht beorderte Reservisten bezeichnet. Auch der Heimatschutz besteht aus beorderten Reservisten. Die beorderten Reservisten in Wehrübungen müssen zu den aktiven Soldaten hinzugerechnet werden, um die Obergrenze von 370.000 Soldaten fest zu stellen. Im Januar diesen Jahres hat erstmals die Bundeswehr nichtbeorderte Reservisten zu den Wehrübungen von beorderten Reservisten hinzu gezogen, um den von der Bundeswehr direkt geführten Militärapparat zu erweitern – immerhin gibt es in der BRD und der annektierten DDR knapp 8 Millionen Reservisten, auf die die Bundeswehr zugreifen will:

„Pilotprojekt: Nichtbeorderte und beorderte Reservisten üben gemeinsam

Die in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit eingesetzten und beorderten Soldaten des Bezirksverbindungskommandos Köln und von Kreisverbindungskommandos aus der Region Köln/Düsseldorf übten zum ersten Mal gemeinsam mit den nichtbeorderten Kameraden der „Kreisgruppe der freiwilligen unbeorderten Reservisten Düsseldorf", die vom Landeskommando Nordrhein-Westfalen betreut werden. Bedienung und Inbetriebnahme des Feldfernsprechers im Einsatz, Grundlagen im Umgang mit dem Handsprechfunkgerät SEM 52, Durchführung des Sprechfunkbetriebes im Heer und Übungen am Schießsimulator für Handfeuerwaffen AGSHP, standen auf dem Dienstplan. Die unbeorderten Soldaten üben regelmäßig an Wochenenden die allgemeinmilitärischen Fähigkeiten. Für die Soldaten die in

der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit eingesetzt sind, fand die Übung in dieser Form zum ersten Mal statt.“ Landeskommando NRW der Bundeswehr, 31.1.2010

Freikorps-Übungen

Die Reservistenkameradschaften der Bundeswehr, aus denen Freikorps aufgebaut werden, werden zu Übungen zusammengeführt. So übte das Freikorps Büdingen zusammen mit dem Hamburger Freikorps sowie mit dem THW und der Hamburger Feuerwehr einen Einsatz in „Deichverteidigung“. Das Hamburger Freikorps übte zuvor ganztägig Personen- und Kfz-Kontrollen mit der Durchsuchung von Personen und Autos. loyal Nr. 2/2010.

Befehlsstruktur von Heimatschutz-Reservisten und Feuerwehren

Das Militär ist in Stäben aufgebaut, Führungsgrundgebiete genannt. Inzwischen haben die Feuerwehren ihre Befehlsstruktur dem Militär angepasst. Im Zuge der LÜKEX-Übung 2010 lobte der Reservist Schad des Kreisverbindungskommando Köln die gute Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und erklärte: *„Die Kooperation mit den Hilfsdiensten und den nichtpolizeilichen Organisationen läuft blendend.“ So habe die Feuerwehr inzwischen mit ihrer neuen Führungsvorschrift 1/100 die Führungsgrundgebiete genauso aufgeteilt wie die Bundeswehr. „Dadurch“, meint Reservist Schad, „können wir uns leichter in die Berichterstattung und die Lagekarte einarbeiten. Kommunikationsprobleme werden vermieden.“* loyal Nr. 3/2010. Zur Erinnerung: Mit der Hartz-Gesetzgebung wurden wie schon zu Zeiten der Wehrmacht die Arbeitsamtsbezirke denen der Bundeswehr angeglichen. Die Militarisierung der Gesellschaft und ihrer (zivilen) Organisationen schreitet mit Riesenschritten voran.

„Amtshilfe“ der Bundeswehr wird uferlos

„Im vergangen Jahr hat die Bundeswehr die Zahl ihrer Amtshilfemaßnahmen auf ein neues Rekordniveau erhöht. Offenbar sollen Bevölkerung und Soldaten stimmungsmäßig an Inlandseinsätze gewöhnt werden“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs. 17/637). Demnach hat die Bundeswehr im Jahr 2009 44mal Amtshilfe geleistet. 1996 bis 1999 hatte noch je eine Amtshilfemaßnahme pro Jahr ausgereicht. 2007 gab es 16, 2008 bereits 31 solcher Inlandsverwendungen. Jelpke:
„Neben dem quantitativen Zuwachs lässt sich auch eine qualitative Veränderung der Inlandstätigkeit feststellen: Die Bundeswehr wird zunehmend als Hilfspolizei eingesetzt. Der rasante Zuwachs gerade in den letzten zwei Jahren dürfte nicht zuletzt auf die Tätigkeit der neu eingerichteten Strukturen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) in den Kommunen zurückzuführen sein. Ein Sachzwang für diese Entwicklung ist allerdings nicht zu erkennen. Es handelt sich vielmehr um eine politische Strategie. Die Öffentlichkeit soll an den Anblick von Soldaten gewöhnt werden, die als Freund und Helfer im Inland auftreten – so wie die Polizei. Letztlich läuft das darauf hinaus, Inlandseinsätze psychologisch vorzubereiten. Das Grundgesetz sieht vor, die Bundeswehr grundsätzlich aus innenpolitischen Verwendungen herauszuhalten. Diese Maxime muss wieder ernst genommen werden.“
Homepage Ulla Jelpke, 22.02.2010:

Bundeswehr raus aus den Schulen

Über 400.000 Jugendliche sind im vorigen Jahr in der Schule von Offizieren der Bundeswehr beeinflusst worden. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor (BT-Drs. 17/502). Jugendoffiziere der Bundeswehr haben demnach mit Vorträgen und Diskussionen über 113.000 Schülerinnen und Schüler erreicht. So genannte Wehrdienstberater, also Rekrutierungsoffiziere, haben im Jahr 2009 über 11.600 Vorträge an Schulen gehalten – vor rund 290.000 Jugendlichen. ...
Doch die Bundeswehr will ihre Rekrutierungsbemühungen im laufenden Jahr sogar noch ausbauen. So haben sich die Zentren für Nachwuchsgewinnung die Teilnahme an 684 Messen und Veranstaltungen vorgenommen, darunter Volksfeste und Ausbildungsmessen, aber auch zahlreiche Werbeauftritte auf Schulhöfen. Im vorigen Jahr waren es noch 547 solcher Einsätze. Hinzu kommen weitere Auftritte wie der sogenannte Karriere-Truck."
Ulla Jelpke - Pressemitteilung 12.02.2010

Rheinland-Pfalz und Bundeswehr kooperieren bei politischer Bildung

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur baut die bereits seit Jahren enge Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren des Wehrbereichskommandos II weiter aus. Dazu unterzeichneten Bildungsstaatssekretärin Vera Reiß und der Befehlshaber im Wehrbereich II, Generalmajor Gerhard Stelz, eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesregierung und der Bundeswehr über den Einsatz von Jugendoffizieren in den Schulen. Jugendoffiziere leisten sowohl in Rheinland-Pfalz als auch bundesweit im Einvernehmen mit den jeweiligen Kultusministerien einen Beitrag zur politischen Bildung. Sie sind methodisch-didaktisch darauf geschult, sicherheitspolitische Inhalte zielgruppenorientiert und jugendgerecht zu vermitteln. „Demokratieerziehung und politische Bildung in den rheinland-pfälzischen Schulen müssen nach den Vorstellungen der Landesregierung mehr sein als reine Vermittlung von Fakten und historischen Daten", sagte Bildungsstaatssekretärin Reiß und ergänzte: „Wir kooperieren mit den Jugendoffizieren, weil wir sie für gute Partner halten, die sich in unser Konzept von historisch-politischer Bildung und Demokratieerziehung wertvoll einbringen können. Unsere bereits heute erfolgreiche Zusammenarbeit wollen wir mit dem Kooperationsvertrag auf verbindlichere, ausformulierte Grundlagen stellen." Das Planspiel Pol&IS sei eine absolute Marktlücke. Es füge sich nahtlos in die demokratische Erziehung ein. „Da bekommt man richtig Lust, selbst mitzumachen", so die Staatssekretärin.
Zusammenarbeit intensivieren
Generalmajor Gerhard Stelz betonte: „Diese Vereinbarung soll der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendoffizieren im Rahmen der politischen Bildung dienen. Vor dem Hintergrund einer multipolaren und globalisierten Welt soll sie einen Beitrag leisten, sicherheitspolitische Aufklärung und Information zu ermöglichen, um damit den Blick auf Chancen und Risiken unserer Sicherheit und die Grundfeste unserer Freiheit zu schärfen." Mit dem bewährten Instrument Jugendoffiziere wolle man den Bildungsstätten helfend zur Seite stehen und nicht in Konkurrenz zu den Lehrkräften treten. Das Wehrbereichskommando II habe bereits mit Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ähnliche Kooperationsvereinbarungen getroffen. Hessen soll bald folgen.
Pol&IS hinterlässt Spuren
Carsten Frigger, Lehrer am Frauenlob-Gymnasium in Mainz, hat bereits viermal und mit unterschiedlichen Klassen an Pol&IS teilgenommen. „Die Schülerinnen und Schüler erinnern sich sehr gerne daran. Das Spiel hinterlässt bei ihnen durch seine Intensität und die

mehrtägige Dauer Spuren. Es fördert Teamfähigkeit, kommunikative Kompetenz und sensibilisiert für die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Welt.“
Mainz, 25.02.2010, Pressestelle Wehrbereichskommando II.

Bundeswehr und Bundesagentur für Arbeit schlossen Kooperationsabkommen

Michael Schulze von Glaßer
Die Bundeswehr leidet unter einem Mangel an Personal. Der Arbeitsmarkt »leidet« unter einem Überschuss von Arbeitskräften. Was läge für die Werber des Militärs näher, als aus den Nöten eine Tugend zu machen – Nachschub für die Militärmacht Deutschland?
Wie jetzt bekannt wurde, unterzeichneten der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, und Generalmajor Wolfgang Born, Stellvertreter des Personalzentrums im Bundesverteidigungsministerium und Beauftragter der Bundeswehr für die militärische Personalgewinnung, kürzlich in Bonn eine Kooperationsvereinbarung. Ziel sei es, den vom Militär benötigten Personalbedarf zu decken – etwa 20 000 neue Rekruten benötigt die Bundeswehr jedes Jahr. Die Armee sei auf »leistungsbereite Frauen und Männer angewiesen, die bereit sind, sich zeitlich befristet den fachlichen wie persönlichen Anforderungen eines Einsatzes bei den Streitkräften zu stellen«, heißt es zum Kooperationsabkommen in der neuesten Ausgabe der Bundeswehr-Zeitung »aktuell«. Weise, selbst Oberst der Reserve, und Born betonten, auch für die Zeit nach der Soldatentätigkeit gute Möglichkeiten der Weiterbildung schaffen zu wollen.“
Neues Deutschland 22.2.2010. (siehe auch „aktuell, 15.2.2010, S.4)

Einsatz von Drohnen für Aufnahmen in zivilen Aufgabenbereichen wird geprüft

Inneres/Antwort
Berlin: (hib/STO/BOB) Die Bundesregierung plant keinen Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen – sogenannten Drohnen – zur routinemäßigen Videoüberwachung des öffentlichen Raumes in Deutschland. Dies geht aus der Antwort der Regierung (17/765) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/636) hervor. Danach wird derzeit der Einsatz von ”Unmanned AirCraft System“ (UAS) für Video- und Fotoaufnahmen in zivilen Bereichen geprüft, die nicht den polizeilichen Aufgabenfeldern zuzuordnen sind. So können UAS laut Regierung beispielsweise im Rahmen des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes durch das Technische Hilfswerk im Zusammenhang mit Naturkatastrophen und Großschadenslagen zum Einsatz kommen.
Wie es in der Antwort weiter heißt, nehmen die Polizeien des Bundes und der Länder Einsatzerprobungen von Drohnen in Deutschland vor. Die Bundespolizei führe zwei Langzeiterprobungen für den Einsatz in besonderen polizeilichen Lagen durch. Zu den Erprobungen der Landespolizeien liegen der Bundesregierung laut Vorlage keine Erkenntnisse vor.

Heute im Bundestag 2.3.10

46. Münchner Sicherheitskonferenz 2010

Verteidigung/Antwort
Berlin: (hib/AW/LEU) Die Bundeswehr hat die Vorbereitung und Durchführung der 46. Münchner Sicherheitskonferenz 2010 mit rund 330 Soldaten unterstützt. Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/581) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/433) mit. Die Soldaten wurden vor allem in den Bereichen Organisation am Tagungsort, im Pressezentrum und in der Transportorganisation eingesetzt. Die Kosten für den Einsatz – im Jahr 2009 waren es anlässlich der 45. Münchner Sicherheitskonferenz circa 392.000 Euro an Personal- und circa 49.000 Euro an Sachausgaben – trage der Bund, da dies Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte sei.
Heute im Bundestag 4.3.10

Einsatz deutscher Polizei- und Militärberater im Ausland

Inneres/Antwort
Berlin: (hib/STO/BOB) Im Auftrag der Bundesregierung sind in den vergangenen fünf Jahren Polizeiberater in fünf andere Staaten entsandt worden. Dabei ging es in Indonesien um Beratung des "Jakarta Center for Law Enforcement Cooperation" in "Ausbildungsangelegenheiten, insbesondere in den Bereichen Internationale polizeiliche Zusammenarbeit, Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Bekämpfung der organisierten Kriminalität", wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/766) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/638) erläutert.
In Rumänien und Bulgarien betrafen die Missionen laut Vorlage Beratungen der jeweiligen Innenministerien in polizeilichen und grenzpolizeilichen Angelegenheiten, unter anderem in den Bereichen Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Heranführung an Schengen-Standards. In den Libanon wurden die Polizeiberater den Angaben zufolge zur Beratung der libanesischen Behörden in Fragen der Grenzsicherung und nach Afghanistan zur Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für die afghanische Polizei entsandt.
Wie die Bundesregierung weiter mitteilt, waren deutsche Militärberater in den vergangenen fünf Jahren in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Ghana, Kroatien, Lettland, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Tunesien, der Ukraine sowie bei der "Economic Communitiy of West African States" eingesetzt.
Heute im Bundestag 2.3.10

Reservistenverband greift nach Polen
Unter der Überschrift *„Polen und Deutsche wollen eng zusammenarbeiten"* schreibt die Reservistenzeitschrift loyal Nr. 3/2010: *„Noch enger mit den polnischen Reservisten*

zusammenarbeiten will die Reservistengruppe Mecklenburg-Vorpommern. Bereits seit vielen Jahren bestehen freundschaftliche Beziehungen zwischen dem polnischen Verband der ehemaligen Berufssoldaten und Reserveoffiziere und dem deutschen Reservistenverband. ... In diesem Jahr wollen die Verbände gegenseitige Besuche und Wettkämpfe organisieren."

Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Telekommunikationsspeicherung
Von Scheinsiegen des Kleinbürgertums – aus der Sicht des Proletariats

Im April 2007 beschloss die Regierung der deutschen Monopole einen Gesetzentwurf zur Speicherung der Telekommunikationsdaten, der vom deutschen Staatsapparat (insbesondere BKA und Geheimdienste) massiv vorangetrieben worden war. Der Bundestag stimmte dem Entwurf später zu und die vom Volk gewählte Mehrheit der Parlamentarier stellte das Volk unter Generalverdacht, hob die verfassungsrechtliche Trennung von Polizei und Geheimdiensten weiter auf und verzahnte den Staat und die Privatwirtschaft noch enger (siehe „FAKTEN für die Einheits- und Volksfront. Gegen den Notstand der Republik" Heft 1, Seite 61 ff). Die Speicherung der Daten aller Menschen ist Ausdruck der gegenwärtigen Klassenverhältnisse. Das Proletariat ist zur Stunde unorganisiert, atomisiert. Ebenso das demokratische Kleinbürgertum, soweit es überhaupt vorhanden ist. Angesichts der Atomisierung der Arbeiterklasse, muss die Bourgeoisie das gesamte Volk unter Beobachtung stellen, um fest zu stellen, wo sich Widerstand regt. Das Gesetz zur Telekommunikations-speicherung beinhaltet also eine Klassenfrage und keine individuelle, wie das Kleinbürgertum meint.
Mit dem weiteren Niederreißen des Trennungsgebots von Polizei und Geheimdiensten, die beide Zugriff auf die gespeicherten Daten haben und den Aufbau einer Geheimpolizei befördert, ist dieses Gesetz auch eines, das den Staatsumbau vorantreibt und sich gegen das Proletariat richtet. Zumal die Daten insbesondere vom Staat verwandt werden zur „Gefahrenabwehr" „für den Bestand oder die Sicherheit eines Landes". Der Staat soll also präventiv gegen Gegner des kapitalistischen Systems ermitteln, verhaften und zuschlagen können. Anstatt nun gegen den Staatsumbau, gegen den Notstand der Republik zu mobilisieren und den Staat als Klassenorgan zu erkennen, sieht der Kleinbürger durch das Sammeln von Millionen Daten nur seine persönliche Freiheit eingeschränkt und muß derart beschränkt auch vor der Klassenjustiz des deutschen Imperialismus auf höchster Ebene eine grandiose Niederlage erleiden – und in seiner Beschränktheit diese auch noch als Sieg feiern!
Nachdem der Pulverdampf der bürgerlichen Medien verraucht war dämmerte auch dem einen oder anderen der kleinbürgerlichen Kläger, daß sie eine gewaltige Niederlage erlitten haben, so beispielsweise Gerhart Baum. Eine Ausnahme stellte dieses Mal Heribert Prantl dar, der das BVG-Urteil von Anfang an wenigstens als halbscharig beurteilte (Süddeutsche Zeitung vom 3.3.2010). Die obersten Richter des deutschen Imperialismus stellten klar:
- Sämtliche Telekommunikationsdaten dürfen auch zukünftig weiter gesammelt werden (dies muß ein neues Gesetz regeln und nur die bisher gesammelten Daten dürfen für die Strrafverfolgung nicht genutzt werden).
- Sämtliche Daten können auch weiterhin für die Gefahrenabwehr gegen den Staat herangezogen werden. Damit hat das Bundesverfassungsgericht das völlig verfassungswidrige Telekommunikations-Gesetz höchstrichterlich geadelt und das Kleinbürgertum mundtot gestellt.
- Einzige Ausnahme in der Urteilsbegründung des BVG: Bisher konnte auf die Daten schon bei Straftaten „von erheblicher Bedeutung" zugegriffen werden. Künftig sollte der Zugriff erst bei „schweren Straftaten" möglich sein, wenn dies „auch im Einzelfall schwer wiegt". Das BVG hat den Gesetzgeber aufgefordert, seine Vorschläge in einem neuen Gesetz zu regeln.

Das Innenministerium der Berliner Annexionsregierung arbeitet mit dem Justizministerium an einer neuen Gesetzesvorlage, die wahrscheinlich noch verheerender sein wird als die bisherige. Dagegen wird sich voraussichtlich das Kleinbürgertum nicht mehr aufbäumen. Der angeblich neutrale Hüter des Grundgesetzes hat ja gesprochen. Und es hat Verfassungsrecht gebrochen. Dabei hätte das Bundesverfassungsgericht nur ein einziges Urteil fällen dürfen: Ersatzlose Aufhebung des Gesetzes zur Speicherung der Telekommunikationsdaten. Zugleich müssen die Verantwortlichen in Kabinett, Parlament und Staatsapparat zur Verantwortung gezogen und vor Gericht gestellt werden.
So lange das Kleinbürgertum nur kleinbürgerlich handelt und den Notstand der Republik verdrängt, so lange verliert es. So lange das Proletariat seine Klassenorganisation Gewerkschaft nicht in den Kampf gegen den Notstand der Republik schiebt, so lange kann es vom Bundesverfassungsgericht keine Urteile mehr zum Erhalt des Grundgesetzes oder gar gegen den Notstand der Republik erwarten. Die letzten Urteile des Karlsruher Gerichts scheinen auch den Gegnern des Notstands der Republik keine Möglichkeit mehr offen zu lassen, im Kampf gegen den Notstand vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Es ist der Kampf in den Gewerkschaften und insbesondere im Proletariat um mehr Klarheit gegen den Notstand der Republik, der die organisatorischen Voraussetzungen für einen Gang vor das Verfassungsgericht herstellen muß – sollte die Arbeiterklasse dieses Mittel im Kampf gegen Faschismus und Weltkrieg am Vorabend der Revolution überhaupt noch einmal anwenden können.